

## 8. Sitzung des Umwelt-, Digital- und Energieausschuss - öffentlich -

Sitzungstag:

**Montag, 24.07.2023**

Sitzungsort:

**Sitzungssaal Rathaus 1. OG**

Namen der Mitglieder des Umwelt-, Digital- und Energieausschusses		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
<b>Vorsitzender:</b> Zweiter Bürgermeister Manuel Prieler		
<b>Niederschriftführer:</b>  Pfeffer Tobias		
<b>Gremiumsmitglieder:</b> Saran Diané Udo Guist Albert Kimberger Claudia Leitner Johannes Mecke Gertrud Mörike Jutta Schödl		
	Stefan Zehetmair	

Die Beschlussfähigkeit war i. S. d. Art. 47 Abs. 2 GO gegeben.

## 8. Sitzung des Umwelt-, Digital- und Energieausschuss vom 24.07.2023

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Umwelt-, Digital- und Energieausschusses, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner den anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

50      8      **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Beschluss: 8 : 0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Umwelt-, Digital- und Energieausschusses vom 02.03.2023, die den Ausschussmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

AZ 024  
Bauamt

51      8      **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Umwelt-, Digital- und Energieausschusses gefassten Beschlüsse wurde kein Beschluss in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen, weil die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen.

AZ 024  
Bauamt

52      8      **Urban Gardening Unterföhring; aktueller Sachstand und weiteres Vorgehen**

Der Erste Bürgermeister bringt den Beschluss des Gemeinderates vom 10.02.2022, Nr. 252 in Erinnerung, mit welchem das Nutzungskonzept sowie das Losverfahren mit einem Mitglied des Umwelt-, Digital- und

## 8. Sitzung des Umwelt-, Digital- und Energieausschuss vom 24.07.2023

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Energieausschusses beschlossen wurde. Im Beschluss wurden unter anderem die folgende Festlegung zur Pachtdauer getroffen:

- Die Pachtdauer wird auf zwei Gartenjahre festgelegt (01.04.2022 bis 31.10.2022 und vom 01.03.2023 bis 31.10.2023)

Da das Gartenjahr und damit auch die abgeschlossenen Pachtverträge zum 31.10.2023 enden, ist nun über das weitere Vorgehen zu entscheiden.

Folgende Erfahrungen konnten gesammelt werden:

- Eine gewisse Anzahl an Parzellen wurde offensichtlich nicht bewirtschaftet bzw. es ist nur Wildwuchs feststellbar
- Eine Wasserpumpe war mehrmals (teils vermutlich durch Sabotage) defekt
- Das Parken durch Nicht-Pächter auf den ausgewiesenen Urban-Gardening-Parkplätzen (zeitlich begrenztes Parken nur für die Nutzer erlaubt) führte oftmals zu Beschwerden beim Umweltamt (=> es wurden Informationen im Gemeindeblatt und Internet veröffentlicht wie geparkt werden muss)
- Das unerlaubte Abernten von Früchten durch Fremde führte bei den Pächtern oftmals zu Unmut (=> hiergegen wurden Schilder aufgestellt die darauf hinweisen dass dies verboten ist)
- Es haben beim Umweltamt immer wieder Bürger angefragt, ob noch Parzellen frei wären. Es ist also ein über die bisherige Anzahl an Pächtern bestehendes Interesse vorhanden  
Genauso haben sich einige bisherige Pächter bereits erkundigt, ob das Projekt ab dem nächsten Jahr weitergeführt wird.

Aus Sicht der Verwaltung und aufgrund der entsprechenden Nachfragen wäre es wünschenswert, das Projekt fortzuführen.

Nun ist darüber zu befinden, ob und in welcher Form dies möglich sein kann.

Aufgrund der gesammelten Erfahrungen und der bisherigen etablierten Nutzung konnte die Verwaltung zwei Varianten ausarbeiten:

Variante 1:

Die Urban Gardening Parzellen werden in Anzahl und Form so wie bisher weitergeführt. Die Vergabe erfolgt komplett neu, sprich mit Ausschreibung/Bekanntmachung und Losverfahren.

## **8. Sitzung des Umwelt-, Digital- und Energieausschuss vom 24.07.2023**

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### **Vortrag - Beschluss**

---

Der Bauhof pflügt die Flächen einmal komplett und quer über alle Parzellen um, so dass keine Samen des Bestands mehr auf den einzelnen Parzellen verbleiben.

Variante 2:

Die Pächter der Urban Gardening Parzellen, die erkennbar bewirtschaftet werden, so dass tatsächlich ein Ertrag/Fruchtgenuss stattfinden kann, werden durch die Verwaltung schriftlich befragt, ob sie eine Verlängerung des Pachtvertrags um einen Zeitraum von zwei Jahren wünschen. Falls ja, wird der Pachtvertrag um zwei Gartenjahre verlängert.

Die Pächter, deren Flächen „Wildwuchs“ aufweisen, sollen ebenfalls befragt werden, ob sie eine Verlängerung des Pachtvertrages wünschen.

Falls nicht, sollen diese Parzellen per öffentliche Ausschreibung/Bekanntmachung und anschließendes Losverfahren neu vergeben werden.

Da dieser Beschluss dem Gemeinderatsbeschluss vom 10.02.2022, Nr. 252, widersprechen würde, ist dieser anschließend dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen.

Beschluss: 7 : 1

Das Gremium nimmt den Sachstand zur Kenntnis und spricht sich für folgende weitere Vorgehensweise aus:

Es ist die Variante 1 analog dem Gemeinderatsbeschluss vom 10.02.2022, Nr. 252 umzusetzen.

Die Urban Gardening Parzellen werden in Anzahl und Form so wie bisher weitergeführt. Die Vergabe erfolgt komplett neu, sprich mit Ausschreibung/Bekanntmachung und Losverfahren.

Der Bauhof pflügt die Flächen einmal komplett und quer über alle Parzellen um, so dass keine Samen des Bestands mehr auf den einzelnen Parzellen verbleiben.

AZ 72 Bauamt

## 8. Sitzung des Umwelt-, Digital- und Energieausschuss vom 24.07.2023

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

53      8      **Aktualisierung der Richtlinien des Energiesparförderprogramms der  
Gemeinde Unterföhring (Empfehlungsbeschluss an den Gemeinderat)**

Der Erste Bürgermeister erinnert an die Beschlüsse des Gemeinderates vom 13.10.2022, Nr. 334 sowie vom 20.04.2023, Nr. 419. Darin wurde dem Erlass eines Förderprogrammes für Energiesparmaßnahmen zugestimmt bzw. dessen Förderbedingungen angepasst.

Mittlerweile ist eine erhebliche Anzahl an Anträgen eingegangen, im Jahr 2022 waren es 36 Anträge, ausbezahlt wurden dabei insgesamt 13.390,53 € EUR. Aufgrund von Hinweisen der mit der technischen Prüfung beauftragten Energieberatung, der SWM Versorgungs GmbH, als auch von Seiten der Antragsteller, schlägt die Verwaltung nach Rücksprache mit der Energieagentur Ebersberg-München Anpassungen der Förderbedingungen vor. Die Verwaltung bringt deshalb die in der nachstehenden Tabelle enthaltenen Empfehlungen vor.

Bis die aktualisierte Förderrichtlinie in Kraft tritt, werden eingehende Förderanträge weiterhin nach den derzeit gültigen Förderrichtlinien mit Stand vom 01.04.2023 geprüft.

Des Weiteren weist der Erste Bürgermeister auf den Gemeinderatsbeschluss Nr. 330 vom 13.10.2022 zum Ausbau der Stromerzeugung durch Solarenergie in Unterföhring durch das gezielte Anschreiben der Bürgerinnen und Bürger hin. Die Bürgerinnen und Bürger werden nach dem Inkrafttreten der aktualisierten Richtlinie per Einlegeblatt, welches mit dem Gemeindeblatt verschickt wird, über das Energiesparförderprogramm, die Fördermöglichkeiten und das Solarpotentialkataster informiert.

Die bisher geltende Richtlinie zum Energiesparförderprogramm (Stand 01.04.2023) der Gemeinde Unterföhring wurde dem Gremium zugestellt.

Die ausgearbeiteten Veränderungen der Verwaltung werden vorgestellt:

	<b>Bisher</b>	<b>Neu</b>
1.2	Die Zuschüsse gelten nur für das gesamte Wohngebäude und nicht für einzelne Wohnungen, ausgenommen Punkt 2.2.2., steckerfertige PV-Anlagen – die Zuschüsse für eine steckerfertige PV-Anlage gelten pro Wohnung.	<i>neu einfügen:</i> Bei Reihenhäusern pro Wohneinheit (Grundbucheintrag)

## 8. Sitzung des Umwelt-, Digital- und Energieausschuss vom 24.07.2023

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

2.3	- die steckerfertigen PV-Anlagen den Sicherheitsstandard der Deutschen Gesellschaft für Sonnenenergie (DGS) erfüllen. (...)	- die steckerfertigen PV-Anlagen den Sicherheitsstandard der Deutschen Gesellschaft für Sonnenenergie (DGS) erfüllen. Hierzu ist bei Antragstellung eine entsprechende Selbsterklärung durch den Antragsteller auszufüllen. (...)
2.3		<i>neu einfügen:</i> - Maßnahmen die dem Baumschutz widersprechen sind von der Förderung ausgeschlossen (Die Errichtung einer Anlage darf nicht zu Lasten der geschützten, vorherrschenden Vegetation gehen.)
2.3		<i>neu einfügen:</i> steckerfertige PV-Anlagen mit Speicher sind unter den selben Voraussetzungen wie bei der Nachrüstung von Speichern bei PV-Anlagen förderfähig: _____

Beschluss: 8 : 0

Dem Gemeinderat wird folgender Beschluss empfohlen:

Das Gremium stimmt den vorgelegten Änderungen der  
Energiesparförderprogramm – Richtlinie (Stand 11.07.2023) zu.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Förderrichtlinie entsprechend zu  
überarbeiten.

Die Richtlinie erhält den Stand 11.07.2023. Die Änderungen treten rückwirkend  
zum 01.07.2023 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Energiesparförderprogramm-Richtlinie, Stand 01.04.2023,  
außer Kraft.

AZ 6620  
Bauamt

## 8. Sitzung des Umwelt-, Digital- und Energieausschuss vom 24.07.2023

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

54

8

#### **Aktueller Sachstand MVG-Rad und weiteres Vorgehen** **(Empfehlungsbeschluss an den Gemeinderat)**

Der Erste Bürgermeister erinnert an den Beschluss des Gemeinderats vom 11.01.2018, Nr. 622, in welcher die Einführung eines öffentlichen Fahrradverleihsystems für die Gemeinde Unterföhring beschlossen wurde. In der Sitzung des Gemeinderats vom 12.04.2018, Nr. 715, wurden folgende Standorte festgelegt:

Ort	Grundbesitzer	Stationsgröße
Feringasee	Erholungsflächenverein	15 Ständer/10 Räder
Poschinger Weiher	Erholungsflächenverein	15 Ständer/10 Räder
Tiefgarage Bürgerfestplatz	Gemeinde Unterföhring	15 Ständer/10 Räder
Parkhaus Dieselstr./Beta-Str.	Gemeinde Unterföhring	15 Ständer/10 Räder
Leinthaler Brücke	Gemeinde Unterföhring	15 Ständer/10 Räder
S-Bahnhof Unterföhring	Gemeinde Unterföhring	15 Ständer/10 Räder

Die Stationen gingen im Mai 2019 in Betrieb. Die Kosten für das Fahrradverleihsystem setzen sich aus den einmaligen Investitionskosten i.H.v. 28.625,- EUR (netto) und den geschätzten laufenden Betriebskosten i.H.v. 25.500,- EUR (50:50 für Landkreis und Gemeinde) pro Jahr zusammen. Die Betriebskosten lagen im Jahr 2020 bei 17.309,- Euro und 2021 bei 18.775,- EUR. Im Betriebsjahr 2022 sind für die Gemeinde Unterföhring Kosten i.H.v. 19.341,- EUR entstanden.

In der Sitzung des Gemeinderats vom 13.02.2020, Nr. 1006, wurde der Verwaltung aufgetragen weitere Flächen für neue MVG-Radstationen im Gemeindegebiet an folgenden Standorten zu prüfen:

- Bauhofstraße
- Blumenstraße/Fichtenstraße
- Bürgerhaus
- Föhringer Allee
- Apianstraße

In der Sitzung des Umwelt-, Digital- und Energieausschusses vom 16.09.2020, Nr. 4, hat das Gremium beschlossen den Ausbau der MVG-Radstationen im Bereich der Gemeinde Unterföhring auf unbestimmte Zeit zu verschieben.

## 8. Sitzung des Umwelt-, Digital- und Energieausschuss vom 24.07.2023

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Der Erste Bürgermeister gibt die aktuellen Entwicklungen zum Mietradsystem im Landkreis München bekannt:

Das MVG-Mietradsystem wird seit 2015 in der Landeshauptstadt München betrieben. Für die Anknüpfung an das bestehende System der LHM und die Sicherstellung eines einheitlichen Systems innerhalb der beiden Gebietskörperschaften Stadt und Landkreis München, ist der Landkreis München (LKM) im Jahr 2017 eine Kooperation mit der LHM für die Einführung und den Betrieb des Mietrades (MVG Rad) eingegangen.

Die Betrauung der SWM/ MVG mit dem Betrieb des Mietradsystems seitens der LHM läuft im Februar 2025 mit Erreichen der maximalen Laufzeit von 10 Jahren aus. Zudem enden die Verträge mit dem Dienstleister Nextbike GmbH im Jahr 2025. Folglich wird das System MVG Rad zu diesem Zeitpunkt enden. Vor diesem Hintergrund haben sich das Mobilitätsreferat der LHM, die MVG, der MVV und die Verbundlandkreise mit der Zukunft und der Weiterführung des Systems befasst. Aktuell werden Abstimmungsgespräche für einen nahtlosen Übergang des Systems MVG Rad zu einem neuen verbundweiten System geführt.

Im Folgenden ist dargestellt, worauf sich die Verantwortlichen von LHM (Mobilitätsreferat), MVG, MVV und der Sprecher der Verbundlandkreise am 16.06.2023 verständigen konnten:

1. Der Start des neuen Mietradsystems erfolgt in Anknüpfung an das auslaufende Mietradsystem im Februar 2025. Der Roll-out in den NordAllianz-Kommunen und dem Landkreis FFB soll bereits Ende 2024 erfolgen.
2. Integrale Bestandteile des neuen Mietradsystems sollen der Landkreis Fürstenfeldbruck, die Landeshauptstadt München und die NordAllianz sein. Von diesen ausgehend kann eine verbundweite Skalierung (MVV-Gebiet) erfolgen.
3. Zur Regelung eines einheitlichen Mietradsystems wird im MVV-Raum ein Rahmenvertrag aufgesetzt. Dieser beinhaltet nur die Mieträder und deren Betrieb, nicht aber die Stationen. So bietet er die Flexibilität, welche für einen flächendeckenden Ausbau benötigt wird.
4. Der Rahmenvertrag muss bereits im Oktober 2023 ausgeschrieben werden. Aufgrund der vorhandenen Förderungen für den LK FFB und die NordAllianz sowie die Sicherstellung des lückenlosen Übergangs zum neuen System in LHM/LKM ist eine spätere Ausschreibung nicht möglich. Die Ausschreibung erfolgt durch die MVV GmbH und die MVG mbH.



## 8. Sitzung des Umwelt-, Digital- und Energieausschuss vom 24.07.2023

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

5. Der beauftragte Dienstleister des neuen Mietradsystems wird den Betrieb übernehmen und das entsprechende Hintergrundsystem bereitstellen.
6. Die MVG mbH übernimmt innerhalb der LHM weiterhin das Controlling und das Betriebsmanagement. Dies wird voraussichtlich auch den Landkreiskommunen angeboten. Die Kommunen können auch selbst das Controlling und das Betriebsmanagement für das neue System übernehmen.
7. Hinsichtlich der Kosten soll eine solidarische Aufteilung erfolgen, sodass jede Kommune pro Rad das gleiche bezahlt, wobei aktuell von folgender Kostenschätzung ausgegangen wird
  - a. Leasing und Betrieb der mechanischen Räder: ca. 700,- EUR/Rad/Jahr brutto
  - b. Leasing und Betrieb der Pedelecs: ca. 1.000,- EUR/Rad/Jahr brutto

Die Einnahmen durch den Mietradverleih sind bei den Leasingkosten schon einberechnet. Zusätzlich dazu fällt voraussichtlich ein einstelliger Prozentbetrag für die Betriebssteuerung an und Investitionskosten abhängig von der gewünschten Ausgestaltung der Stationen. Der Landkreis München trägt auch zukünftig 50 Prozent des jährlichen Betriebskostendefizits des Mietradsystems.

Die Vorteile, die das neue Mietradsystem mit sich bringen soll, sind dabei die Einheitlichkeit und eine bestmögliche Nutzerfreundlichkeit im MVV-Raum, Flexibilität und der neuste Stand der Technik für Räder und Stationen. Durch das Leasing, entfallen die damit verbundenen einmaligen Investitionskosten.

Die Verwaltung empfiehlt die Radstationen an den bestehenden Punkten weiterzuführen und darüber hinaus weitere Stationen im Gemeindegebiet auszuweisen. Die bestehenden Stationen werden zum Start des neuen Systems abgebaut und an den Inhaber der Stationen (MVG mbH) übergeben. Aktuell wird noch geprüft, ob die bestehenden Stehlen neu foliert werden können. Die Klick-Stationen werden im neuen System nicht mehr benötigt. Die Stationen werden zukünftig über eine Bodenmarkierung und ein Schild kenntlich gemacht. Damit entfallen größere Tiefbauarbeiten und dementsprechend auch die Investitionskosten, die es bei der Installation des bestehenden Systems gab.

Die neuen Standortvorschläge orientieren sich zum einen an den Stationsvorschlägen, die laut Gemeinderatsbeschluss vom 13.02.2020, Nr. 1006, untersucht werden sollten und zum anderen an den freien Abstellvorgängen, die in den jährlichen Berichten zum MVG-Rad dargestellt

## 8. Sitzung des Umwelt-, Digital- und Energieausschuss vom 24.07.2023

Lfd. Nr.      Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

werden. Mit den neuen Stationen soll eine größtmögliche Abdeckung des Gemeindegebiets erreicht werden.

Über das Förderprogramm Klimaschutz durch Radverkehr haben die NordAllianz-Kommunen eine Förderzusage für 300 Pedelecs erhalten. Nach dem Verteilungsschlüssel erhält die Gemeinde Unterföhring 45 Pedelecs. Die kalkulierten Betriebskosten (einschließlich Service, Batteriewechsel, Umverteilung, Mechaniker) belaufen sich laut Kooperationsvereinbarung auf 252.000,- EUR netto. Abzüglich der konservativen Einnahmenschätzung von 192.720,- EUR netto (0,8 Ausleihen pro Pedelec pro Tag für 20 Minuten = 2,20,- EUR), entsteht ein gesamtes Betriebskostendefizit von 59.280,- EUR netto. Laut Verteilungsschlüssel entstehen für die Gemeinde Unterföhring Betriebskosten i.H.v. 8.892,- EUR netto pro Jahr für 45 Pedelecs (entspricht 15%).

Die Verwaltung schlägt folgende Verteilung an den bestehenden und neuen Stationen vor:

Nummer	Bestand/Neu	Stationsname	Anzahl Räder
1	Bestand	Am Bahnhof	10
2	Bestand	Feringasee (ost)	3
3	Bestand	Leinthaler Brücke	7
4	Bestand	Poschinger Weiher	3
5	Bestand	Dieselstraße	4
6	Bestand	Bürgerfestplatz	4
7	Neu	Bauhofstraße	4
8	Neu	Fichtenstraße	3
9	Neu	Blumenstraße	3
10	Neu	Bürgerhaus	5
11	Neu	Föhringer Allee	5
12	Neu	Feringastrasse	10
13	Neu	Apianstraße	10
14	Neu	Sportscheck	4
15	Neu	Feringasee (west)	3
		<b>Summe</b>	<b>78</b>

Im Auftrag des MVV und der acht Verbundlandkreise Bad Tölz-Wolfratshausen, Dachau, Ebersberg, Erding, Freising, Fürstenfeldbruck, München und Starnberg sowie der LHM, vertreten durch das Mobilitätsreferat (MOR) und der MVG wurde eine Grundsatzuntersuchung zu geteilten Mikromobilität vom Mobility Institute Berlin (mib) durchgeführt. Die

## 8. Sitzung des Umwelt-, Digital- und Energieausschuss vom 24.07.2023

Lfd. Nr. Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

Empfehlung der Studie „Grundsatzuntersuchung geteilte Mikromobilität“ vom 19.06.2023 des Mobility Institute Berlin (mib) beruhen auf Analysen des aktuellen Angebots sowie der Nutzung von Mikromobilität, den Qualitätskriterien (Verkehrsmodi, Systemtyp, Gestaltung der Fahrzeuge sowie Marke, App und Tarif) und einer räumlichen Analyse des Potenzials geteilter Mikromobilität. Daraus wurden schließlich Betreiberszenarien, Steuerungsmechanismen und Umsetzungsempfehlungen abgeleitet. Für den Landkreis München wurde eine Mindestanzahl von Fahrrädern i.H.v. 3,5 Fahrräder pro 1.000 Einwohner ermittelt. Für Unterföhring würde dies eine Mindestanzahl von etwa 40 Fahrrädern bedeuten. Durch die Aufstockung der Anzahl der Stationen werden jedoch weitere Räder benötigt. Zu den 45 geförderten Pedelecs würden weitere 33 mechanische Fahrräder benötigt werden, um die Stationen abzudecken.

Derzeit wird noch geprüft, ob es auch reine Rückgabestationen geben wird. Diese werden dann bei der Umverteilung der Räder nicht mit neuen Rädern bestückt. Da sich die Zahl an Ausleihen und Rückgaben an den Stationen Feringasee und Poschinger Weiher in den Nutzungsstatistiken die Waage hält, ist davon auszugehen, dass die Personen, die mit einem MVG-Rad diese Stationen anfahren, auch wieder mit dem Rad zurückfahren. Die Verwaltung schlägt vor, soweit möglich, an den Stationen Poschinger Weiher, Feringasee (Bestand) sowie Feringasee West (neu) reine Rückgabestationen zu errichten.

Die prognostizierten Betriebskosten für das neue Fahrradverleihsystem setzen sich unter der Voraussetzung, dass pro Station mindestens 3 Räder gemeldet werden müssen, wie folgt zusammen:

		<b>Betriebskosten pro Jahr pro Rad</b>	<b>Summe alle Räder/Jahr</b>
Anzahl mecha- nische Räder	38	700,- EUR (Leasing und Betrieb) + max. 9% Betriebssteuerung durch die MVG = 763,- EUR brutto	25.179,- EUR brutto
Anzahl Pedelecs	45	197,60,- EUR brutto	10.581,- EUR brutto
Beteiligung des Landkreises an mechanischen Rädern (50%)			12.590,- EUR brutto
Summe geschätzte Betriebskosten pro Jahr (brutto)			<b>23.171,- EUR</b>

Die Summe der geschätzten Betriebskosten beläuft sich nach den aktuellen Informationen (Stand 10.07.2023) für 33 mechanische Räder und 45 Pedelecs an 15 Stationen voraussichtlich mindestens auf 23.171,- EUR brutto pro Jahr.

## 8. Sitzung des Umwelt-, Digital- und Energieausschuss vom 24.07.2023

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Damit würden die Betriebskosten für das neue Mietradsystem auch weiterhin die angesetzten Betriebskosten für das bestehende MVG-Mietradsystem von 25.500,- EUR (Anteil der Kommune) nicht überschreiten. Die Ausgestaltung der Stationen obliegt der jeweiligen Kommune. Alle Stationen müssen jedoch durch eine Markierung auf dem Boden sowie ein Schild kenntlich gemacht werden. Die Räder werden innerhalb der markierten Station frei abgestellt. Sollte die Kommune Fahrradständer an den Stationen installieren wollen, ist dies in Eigenleistung zu erbringen. Die Landeshauptstadt München wird keine Fahrradständer installieren, damit die Stationen flexibel bleiben und nicht fremde Räder an den Stationen abgestellt werden.

Die geschätzten Betriebskosten des neuen Fahrradmietsystems sind im Verhältnis zu den Investitions- und Betriebskosten des aktuellen Mietradsystems insgesamt auf einem ähnlichen Niveau und bieten durch die Einführung von Pedelecs und einer flächenmäßig größeren Abdeckung an Ausleih- und Rückgabepunkten einen deutlichen Mehrwert für potenzielle Nutzer.

Die Gemeinde Unterföhring soll bis Mitte August einen unterschriebenen Letter of Intent (LOI), eine unverbindliche Absichtserklärung, mit einer Schätzung zur Anzahl an benötigten Rädern und Stationen, abgeben, in der ein grundsätzliches Interesse am neuen Mietradsystem bestätigt wird. Zusätzlich wird ein Gemeinderatsbeschluss benötigt, der voraussichtlich bis Anfang Oktober 2023 vorliegen muss.

Beschluss: 8 : 0

Der Umwelt-, Digital- und Energieausschuss schließt sich der Empfehlung der Verwaltung an und empfiehlt dem Gemeinderat die Einführung des neuen Mietradsystems.

Zusätzlich zu den bestehenden Stationen:

- Am Bahnhof (10 Räder)
- Feringasee (Ost) (3 Räder)
- Leinthaler Brücke (7 Räder)
- Poschinger Weiher (3 Räder)
- Dieselstraße (4 Räder)
- Bürgerfestplatz (4 Räder)

sollen folgende weitere Standorte realisiert werden:

- Bauhofstraße (4 Räder)
- Fichtenstraße (3 Räder)
- Blumenstraße (3 Räder)

## 8. Sitzung des Umwelt-, Digital- und Energieausschuss vom 24.07.2023

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

- Bürgerhaus (5 Räder)
- Föhringer Allee (5 Räder)
- FeringasträÙe (10 Räder)
- Apianstraße (10 Räder)
- Sportscheck (4 Räder)
- Feringasee (west) (3 Räder)

Die Investitionskosten für Bodenmarkierung, Aufstellen der Schilder und Neufolierung der Stehlen sind unter der Haushaltstelle 79110.9520 und die laufenden Betriebskosten unter der Haushaltsstelle 79110.6720 ab 2024 ff. zu verbuchen.

AZ 851  
Bauamt

55

8

#### **Sachstand zum Thema Agri-Photovoltaikanlagen im Gemeindegebiet Unterföhring**

Der Erste Bürgermeister bringt den nachfolgenden Antrag der SPD-Fraktion/FDP zur Erstellung eines Konzeptes zur Umsetzung von Agri-Photovoltaik-Anlagen aus der Gemeinderatssitzung vom 13.10.2022, Nr. 326, in Erinnerung. Weiter wurde der Antrag in der Sitzung des Umwelt-, Digital- und Energieausschusses vom 02.03.2023 behandelt und erklärt, dass die Prüfung von Agri-PV in einer Vorsondierung im Umsetzungsprogramm ++ geprüft werden soll.

Das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten teilte der Gemeinde Unterföhring in einem Telefonat am 11.07.2023 mit, dass sie dem Ausbau mit Agri-PV Anlagen positiv gegenüberstehen und selbst seit Ende Juni auf Feldern der Bayerischen Staatsgüter (BaySG) in Grub (Gemeinde Poing, Landkreis Ebersberg) eine Agri-Photovoltaikanlage zu Demo- und Forschungszwecken errichten. Weiter wurde zur Aufklärung (u.a.) über die aktuelle rechtliche Lage zum Genehmigungsverfahren auf die Seite des Technologie- und Förderzentrum im Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe verwiesen. Der ausführliche TFZ-Bericht 73, eine Zusammenfassung der Handlungsempfehlungen, sowie der Leitfaden zu Agri-PV des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme ISE, wurden dem Gremium zugestellt. Folgende Informationen gehen aus diesen Anlagen hervor:

## 8. Sitzung des Umwelt-, Digital- und Energieausschuss vom 24.07.2023

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

#### **Rechtliche Lage zum Genehmigungsverfahren:**

Für Agri-PV-Anlagen besteht kein gesondertes Genehmigungsrecht. Daher werden die gleichen Verfahren angewendet wie bei konventionellen PV-FFA. Als bauliche Anlagen, zu denen PV-Anlagen zählen, bedürfen sie üblicherweise einer Genehmigung. Sollte das Grundstück im Geltungsbereich eines Bebauungsplans liegen, müssen die Vorgaben dieses Bebauungsplans eingehalten werden. Auf einem unbeplanten Grundstück hängt die Zulässigkeit wiederum davon ab, ob das Projekt innerhalb bebauter Ortsteile oder im Außenbereich liegt. Für gewöhnlich liegen Projektflächen im unbeplanten Außenbereich. Dieser soll grundsätzlich nicht bebaut werden. Die Bebauung ist unter gewissen Voraussetzungen (u.a. Privilegierte Vorhaben nach § 35 Abs. 1 BauGB) jedoch zulässig. Privilegierte Vorhaben sind nach § 35 Abs. 1 BauGB beispielsweise Anlagen, die forst- und landwirtschaftlichen oder gartenbaulichen Betrieben oder der Nutzung solarer Strahlungsenergie in, an und auf Dach- und Außenwandflächen von zulässigerweise genutzten Gebäuden dienen, wenn die Anlage dem Gebäude baulich untergeordnet ist. Derartige Projekte sind dann zulässig, wenn die Erschließung gesichert ist und sie öffentlichen Belangen nicht entgegenstehen. Agri-PV-Anlagen werden hier bislang nicht explizit erwähnt. Eine Zuordnung von Agri-PV Anlagen zu den Privilegierten Vorhaben, ist bereits im Gespräch, aktuell jedoch noch nicht erfolgt.

#### **EU-Förderung:**

Direkte EU-Fördermaßnahmen für die Errichtung von Agri-PV Anlagen gibt es derzeit nicht. Im Rahmen ihrer Agrarpolitik gewährt die EU aber Direktzahlungen für Flächen, die primär landwirtschaftlich genutzt werden. Eine wichtige Frage ist daher, ob eine landwirtschaftliche Fläche aufgrund der Nutzung von Agri-PV diese Beihilfefähigkeit verliert. Hierzu gibt es bereits ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) zu einem sogenannten Maislabyrinth<sup>2</sup>. Nach Auffassung des BVerwG steht ein solches Maislabyrinth der Beihilfefähigkeit nicht entgegen, weil es die landwirtschaftliche Nutzung der Fläche neben den Wegen des Labyrinths nicht stark einschränkt. Aus diesem Urteil lässt sich ableiten, dass bei einer sachgemäßen Planung und Installation einer Agri-PV-Anlage die landwirtschaftliche Nutzung einer Fläche nicht oder nur in sehr geringem Maß beeinträchtigt wird. Daher sprechen gute Argumente dafür, dass Landwirtschaftsbetriebe, die eine Fläche bewirtschaften, auf der eine Agri-PV-Anlage installiert ist, im Einklang mit den EU-rechtlichen Vorgaben für Direktzahlungen handeln und diese für die Bewirtschaftung der Fläche erhalten können sollten. Die diesbezüglichen Vorgaben in der DirektZahlDurchfV wurden mittlerweile geändert und die Änderungen am 31.01.2022 im Bundesgesetzblatt

## 8. Sitzung des Umwelt-, Digital- und Energieausschuss vom 24.07.2023

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

veröffentlicht: In § 12 Abs. 4 Nr. 6 GAPDZV ist nunmehr vorgesehen, dass der Ausschluss nicht gilt, wenn es sich um eine Agri-PV-Anlage handelt. Eine Agri-PV-Anlage wird in Absatz 5 des § 12 GAPDZV dahingehend definiert, dass es sich dabei um eine auf einer landwirtschaftlichen Fläche errichteten Anlagen zur Nutzung von solarer Strahlungsenergie handelt, die eine Bearbeitung der Fläche unter Einsatz üblicher landwirtschaftlicher Methoden, Maschinen und Geräte nicht ausschließt und die landwirtschaftlich nutzbare Fläche unter Zugrundelegung der DIN SPEC 91434:2021-05 um höchstens 15 Prozent verringert. Förderfähig sind dann 85 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche.

#### **Weitere Förderungen:**

In der Novelle (2023) zum „Gesetz für den Ausbau Erneuerbarer Energien“ kurz EEG 2023, werden die Agri-PV nun erstmals regulär aufgeführt und sind nahezu immer förderfähig. Da Agri-PV-Anlagen tendenziell teurer als reguläre FFA sind, versucht der Gesetzgeber dies, mit zwei Mitteln auszugleichen.

Erstens erhalten hoch aufgeständerte Agri-PV-Systeme einen Technologiebonus von 1,2 ct/kWh. Zweitens sind Agri-PV-Systeme auf nahezu allen Acker- und Grünlandflächen im Sinne des EEG förderfähig. Demnach sind geförderte Anlagen auch abseits von Schienenwegen, Autobahnen oder benachteiligten Gebieten möglich. Genauso können sie bis zu einer installierten Leistung von 1 MWp am Marktprämienmodell mit festgeschriebenen Vergütungssätzen teilnehmen.

Die Prüfung von Agri-PV in der Gemeinde Unterföhring, im Zuge des Umsetzungsprogrammes ++, wird voraussichtlich im Herbst 2023 beginnen.

Die Beschlussfassung hierzu erfolgt voraussichtlich im Herbst 2023. Eine Beschlussfassung ist daher aktuell nicht veranlasst.

AZ 861  
Bauamt

- |    |   |   |
|----|---|---|
| 56 | 8 | <b><u>Bekanntgaben / Anfragen</u></b>   |
|    | 8 | <b><u>BEK 2023/07 Windkraft Unterföhring; Sachstand und weiteres Vorgehen</u></b> |

Der Vorsitzende teilt dem Gremium mit, dass die 1. Änderung des Flächennutzungsplanes Unterföhring – Teil A Windkraft in der Zeit vom 17.05.2023 bis 19.06.2023 gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB aus lag.

## 8. Sitzung des Umwelt-, Digital- und Energieausschuss vom 24.07.2023

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Derzeit werden die eingegangenen Stellungnahmen aufbereitet und dem Gemeinderat nach der Sommerpause zur Behandlung und Beschlussfassung vorgelegt.

AZ 6100 Bauamt

#### 57      8      **BEK 2023/07 Lärmaktionsplan**

Der Vorsitzende bringt zur Kenntnis, dass Herr Gemeinderat Mecke in der Gemeinderatssitzung am 20.7.2023 unter öffentliche Anfragen, sich über Stand zum Lärmaktionsplan erkundigte. In der Sitzung am 20.7.2023, hatte Herr 2. Bürgermeister Manuel Prieler den Vorsitz und teilte dem Gemeinderatsmitglied Herrn Mecke mit, dass diese Frage unter BEK in der UA-Sitzung am 24.7.2023 beantwortet werde.

Der Erste Bürgermeister erinnert an den Gemeinderatsbeschluss vom 20.04.2023, Nr. 412, nach dem die Gemeinde der „Initiative lebenswerte Städte und Gemeinden“ beitrifft und einen Lärmaktionsplan für die Gemeinde aufstellen soll, auch mit dem Ziel die streckenbezogene und temporäre Ausweitung von T30 für den gesamten Verlauf der Münchner Straße zu ermöglichen.

Zwischenzeitlich wurden folgende drei Büros bzgl. der Erstellung eines Lärmaktionsplanes kontaktiert:

- Akustikbüro Schwarzenberger und Burkhart GbR, Pöcking
- Wölfel Engineering GmbH + Co.KG, Höchberg
- BSV Büro für Stadt- und Verkehrsplanung Dr.-Ing. Reinhold Baier GmbH, Aachen

Die ersten Ergebnisse werden dem Gremium zeitnah vorgelegt.

AZ 6100 Bauamt

#### 58      8      **BEK 2023/07 Aktueller Stand zur Biovergärungsanlage**

Der Vorsitzende bringt zur Kenntnis, dass Herr Gemeinderat Scholler in der Gemeinderatssitzung am 20.07.2023 unter öffentlichen Anfragen, sich über



## 8. Sitzung des Umwelt-, Digital- und Energieausschuss vom 24.07.2023

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

den aktuellen Stand bezüglich der Biovergärungsanlage erkundigte. In der Sitzung am 20.07.2023 hatte Herr 2. Bürgermeister den Vorsitz und teilte dem Gemeinderatsmitglied Herrn Scholler mit, dass diese Frage unter BEK in der UA-Sitzung am 24.07.2023 beantwortet werde.

Nach erfolgter Rücksprache mit Herrn Mack vom Landratsamt München ist der aktuelle Stand bezüglich der Biovergärungsanlage in Kirchstockach, dass die Rückführung der Anlage gerade durchgeführt wird. Die Leerung der Silos schreitet voran, gestaltet sich aber schwierig. Für welches mögliche neue Szenario bezüglich Neubau oder Umbau der Anlage in Kirchstockach oder an einem anderen Ort sich der Kreistag im September in einer nichtöffentlichen Sitzung entscheidet, steht noch nicht fest. Solange keine neue Anlage in Betrieb gegangen ist, werden die Bioabfälle von Unterföhring vorerst weiterhin zur Firma Wurzer in Eitting geliefert. Welche weiteren Kosten neben der schon erfolgten Erhöhung der Bioabfallgebühren noch auf die Gemeinden zukommen werden, ist aktuell noch nicht absehbar.

AZ 1764  
Bauamt

59      8      **Anfrage von Frau Gemeinderätin Diané - Ausleihe des E-Lastenrades durch das FEZI**

Frau Gemeinderätin Diané erkundigt sich, ob seit dem letzten Beschluss im Umweltausschuss das gemeindliche E-Lastenfahrzeug durch das FEZI nun öfter ausgeliehen wurde. Der Vorsitzende sagt hierzu eine baldige Nachfrage bei der gemeindlichen Mobilitätsmanagerin Frau Borus zu.

AZ 6100  
Bauamt

60      8      **Anfrage von Herrn Gemeinderat Scholler - Appell "Zusammen erfolgreich erneuerbar"**

Herr Gemeinderat Scholler erkundigt sich, ob der am 13. Juli von Herrn Gemeinderat Mecke eingereichte Appell bereits durch Herrn Bürgermeister Kemmelmeier unterzeichnet wurde. Der Vorsitzende teilte mit, dass ihm dieser

**8. Sitzung des Umwelt-, Digital- und Energieausschuss  
vom  
24.07.2023**

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

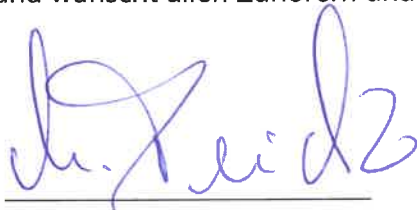
**Vortrag - Beschluss**

---

Appell nicht bekannt sei. Herr Gemeinderat Mecke solle diesen bitte erneut einreichen.

AZ 86  
Bauamt

Nachdem keine weiteren Anfragen in der öffentlichen Sitzung gestellt wurden, schließt der Zweite Bürgermeister die heutige öffentliche Sitzung um 19:14 Uhr und wünscht allen Zuhörern und dem Gremium einen schönen Abend.



Manuel Prieler  
Zweiter Bürgermeister



Tobias Pfeffer  
Leitung Umweltamt